Presse

NIEDERSACHSEN DAS IST GROß.

Niedersächsisches Finanzministerium
28.10.2026

5. Nord-Finanzministerkonferenz in Bremen
Länder diskutieren über Reform der Erbschaftsteuer und Schuldenbremse

Die Spitzen der Finanzressorts der norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben sich am (heutigen) Mittwoch zur 5. Nord-Finanzministerkonferenz in Bremen getroffen und sich dabei zu unterschiedlichen finanzpolitischen Themen ausgetauscht. Im Mittelpunkt standen der Reformbedarf bei der Erbschaftsteuer und die Erwartungen an eine Reform der Schuldenbremse. Auch über mögliche Verbesserungen der Einnahmebasis für die öffentlichen Haushalte wurde beraten.

Erbschaftsteuer gerecht reformieren
Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Nordländer haben im Lichte der mündlichen Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht ihre parteiübergreifende Position zur Reform der Erbschaftsteuer bekräftigt. Ziel ist eine verfassungsfeste, administrativ praktikable und mindestens aufkommensstabile Erbschaftsteuer, die Steuergerechtigkeit stärkt und zugleich Unternehmen und Arbeitsplätze schützt.
Besonderen Reformbedarf sehen die Finanzministerinnen und Finanzminister bei den bestehenden Verschonungsregelungen für große Betriebsvermögen. In der Praxis können derzeit sehr hohe Vermögen teilweise nahezu steuerfrei übertragen werden. Aus Sicht der Nordländer müssen steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt werden, um die Erbschaftsteuer gerechter zu gestalten. Die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann hierzu wichtige rechtliche Klarheit schaffen. Auf dieser Grundlage muss dann eine Reform der Erbschaftsteuer angegangen werden.
Die Erbschaftsteuer gehört zu den wichtigsten Einnahmequellen der Länder. Sie trägt dazu bei, zentrale öffentliche Aufgaben wie Hochschulen, Polizei oder Infrastruktur zu finanzieren. Eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer, wie sie insbesondere Bayern fordert, lehnen die Finanzministerinnen und Finanzminister der Nordländer ab. Sie würde einen ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Ländern auslösen und zusätzliche Bürokratie schaffen. Die Erbschaftsteuer sollte nicht davon abhängen, in welchem Bundesland jemand lebt. Auch die Frage der Regionalisierung ist Gegenstand eines noch ausstehenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Erwartungen an eine Reform der Schuldenbremse
Der Bund hat eine Kommission zur Reform der Schuldenbremse eingesetzt, deren Abschlussbericht nach wie vor aussteht. Die Nordländer erwarten, dass die Regeln zur Schuldenbremse mit Augenmaß weiterentwickelt werden. Eine Reform soll weiterhin eine

Nr. 029/26 Johannes Pepping Pressestelle Schiffgraben 10, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-8186	www.mf.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mf.niedersachsen.de

tragfähige Entwicklung der öffentlichen Finanzen gewährleisten, aber auch notwendige Zukunftsinvestitionen von Bund, Ländern und Kommunen jenseits der bisherigen Schuldenregeln ermöglichen. Dabei sind die europäischen Fiskalregeln zu berücksichtigen und mit den nationalen Regelungen in Einklang zu bringen.
Die Nordländer machen sich darüber hinaus dafür stark, in Krisenzeiten Notkredite aufnehmen zu können, die über ein Haushaltsjahr hinausgehen. Die Corona-Pandemie beispielsweise hat gezeigt, dass außergewöhnliche Belastungen nicht nach einem Jahr enden und teilweise überjährige Finanzierungen erfordern.

Einnahmebasis für Haushalte verbessern – Steuergerechtigkeit erhöhen
Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Nordländer sind sich im Grundsatz einig, dass Gewinne aus Kryptogeschäften ausnahmslos besteuert werden sollen. Bislang werden Kryptowerte, wie etwa Bitcoin, nur dann nach dem persönlichen Einkommensteuertarif versteuert, wenn die Werte innerhalb von zwölf Monaten nach dem Kauf wieder verkauft werden. Nach dem ersten Jahr sind die Verkäufe hingegen steuerfrei. Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Nordländer unterstützen deshalb das Vorhaben einer Besteuerung von Krypto-Gewinnen mindestens in Höhe der Kapitalertragsteuer von 25 Prozent. Das Ziel der Nordländer ist eine umfassende und gerechte Besteuerung von Kryptogewinnen. Dabei darf es nicht darauf ankommen, welche Art von Kryptowert gehandelt wird oder wie lange er gehalten wurde.
Das ist ebenso im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit wie die Registrierkassenpflicht, die ebenfalls von der Nord-Finanzministerkonferenz unterstützt wird. Elektronische Kassen erschweren Steuerhinterziehung im Gegensatz zu offenen Ladenkassen. Deshalb erwarten die Finanzministerinnen und Finanzminister der Nordländer nun Tempo bei der Umsetzung. Erörtert wurde außerdem, ob die Registrierkassenpflicht erst ab 100.000 Euro Umsatz greifen soll oder der Schwellenwert noch abgesenkt werden soll. Einig sind sie sich auch, dass Kundinnen und Kunden eine digitale Bezahlmöglichkeit angeboten werden soll.

Björn Fecker, Finanzsenator der Freien Hansestadt Bremen: „Die Registrierkassenpflicht ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Steuerhinterziehung und muss zügig umgesetzt werden. Für mehr Steuergerechtigkeit ist auch eine Reform der Erbschaftsteuer unabdingbar. Es ist nicht hinnehmbar, dass sehr hohe Vermögen oft nahezu steuerfrei vererbt werden können, während kleinere Erbschaften besteuert werden. Sehr starke Schultern müssen mehr tragen, damit die Ungleichheit in unserem Land sich nicht weiter verschärft. Dies ist mit einer Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten möglich, ohne den Fortbestand von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu gefährden. Im Kreis der Nordländer sind wir uns auch einig, dass eine moderate Reform der Schuldenbremse nötig ist. Das Sondervermögen des Bundes ist ein wichtiger Schritt, um den Sanierungsstau anzugehen. Aber dem muss mit einer Anpassung der Schuldenbremse der zweite Schritt folgen, Zukunftsinvestitionen auch verstetigen zu können. Nicht zuletzt müssen wir in Notlagen überjährig handlungsfähig werden."

Dr. Silke Schneider, Finanzministerin Schleswig-Holstein: „Beim heutigen Austausch mit den norddeutschen Ländern haben wir wichtige gemeinsame Anliegen bekräftigt: Wir müssen die Einnahmen unserer Haushalte stärken, Steuerschlupflöcher schließen und für

mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Dazu gehört eine gerechtere Ausgestaltung der Erbschaftsteuer. Gleichzeitig brauchen wir eine Reform der Schuldenbremse mit Augenmaß, die notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglicht und die Handlungsfähigkeit der Länder sichert. Bei der Bekämpfung von Steuerbetrug begrüße ich, dass der Bund die Einführung einer Registrierkassenpflicht vorantreibt. Allerdings muss noch an einigen Stellen nachgebessert werden. Insbesondere sollte die geplante Umsatzgrenze von 100.000 Euro für die elektronische Kassenpflicht überprüft werden. Auch kleinere Betriebe mit hohen Bargeldumsätzen sind anfällig für Kassenmanipulationen. Ebenso wichtig ist, eine zeitnahe Verpflichtung, digitale Zahlungsmöglichkeiten anzubieten. So können wir Steuerhinterziehung wirksamer bekämpfen und fairen Wettbewerb sicherstellen."

Gerald Heere, Finanzminister Niedersachsen: „Ich erwarte vom Bund, dass er die Verpflichtung zum Anbieten einer digitalen Bezahlmöglichkeit rasch umsetzt. Denn das würde Manipulationen und damit Steuerhinterziehung wirksam erschweren. Das digitale Bezahlen trägt nicht nur zu einem faireren Wettbewerb bei, sondern verbessert darüber hinaus auch noch den Service für Kundinnen und Kunden. Auch bei der Erbschaftsteuer haben wir in Sachen Gerechtigkeit eine Menge Nachholbedarf. Der Fokus einer Reform sollte vor allem auf der Begrenzung übermäßiger Steuerprivilegien bei großen Unternehmensvermögen, der Schließung von Schlupflöchern und einer stärkeren Vereinheitlichung liegen."

Bettina Lentz, Finanzstaatsrätin der Freien und Hansestadt Hamburg: „Auch auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung haben die norddeutschen Finanzministerien in den zurückliegenden Jahren eine enge Zusammenarbeit etabliert. Diesen Weg wollen wir gemeinsam weitergehen. In einer länderübergreifenden Arbeitsgemeinschaft unter Hamburger Leitung kümmern wir uns darum, wie wir unsere Verwaltungen weiter modernisieren, Bürokratie abbauen und damit an Leistungsfähigkeit und noch mehr Bürgerorientierung gewinnen. Diese Themen machen nicht an Ländergrenzen halt, deshalb ist der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Vernetzung gerade auch bei diesen Themen enorm wichtig."

Dr. Carola Voß, Finanzstaatssekretärin Mecklenburg-Vorpommern: „Die Nord-Finanzministerkonferenz bietet eine wichtige Gelegenheit, sich über gemeinsame Herausforderungen auszutauschen und länderübergreifend Lösungen voranzubringen. Wir haben uns heute unter anderem darüber verständigt, wie wir Steuerverfahren für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen einfacher und für die Finanzverwaltung effizienter gestalten können. Mit Pauschalierungen und einer stärkeren Digitalisierung können wir Steuerentlastungen künftig unbürokratischer gewähren und zugleich unsere Finanzämter entlasten. Gerade angesichts des Fachkräftemangels müssen wir die Beschäftigten von Routineaufgaben entlasten, damit sie ihre Zeit gezielt für die Prüfung komplexer Steuerfälle einsetzen können."

Nr. 029/26 Johannes Pepping Pressestelle Schiffgraben 10, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-8186	www.mf.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mf.niedersachsen.de